

DEMOKRATIE

Brüsseler K-Frage

Bei der Europa-Wahl 2014 sollen erstmals Spitzenkandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten kämpfen. Favoriten sind ein Deutscher und ein Pole.

Als dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, 55, im Mai der Walther-Rathenau-Preis verliehen wurde, lobte die Laudatorin vor allem Tusks europapolitische Verdienste. „Lieber Donald“, sagte die deutsche Kanzlerin, „deine Leidenschaft für Europa ist ebenso wohlbegründet wie überzeugend.“

Was nur wenige Zuhörer wussten: Hinter den warmen Worten verbarg sich ein Jobangebot Angela Merkels an ihren polnischen Kollegen. In den Spitzen der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der die deutsche CDU wie auch Tusks liberal-konservative Bürgerplattform gehören, reift der Plan, Polens Regierungschef zum Kandidaten für das Amt des nächsten EU-Kommissionspräsidenten zu küren.

Der Job wird 2014 frei, weil José Manuel Barroso, amtierender Kommissionschef, nach zwei Amtsperioden wohl nicht wieder kandidieren wird (siehe Seite 90).

Der Portugiese hat andere Pläne: Er liebäugelt damit, Präsident seines Heimatlands zu werden.

Barrosos Wahl zum Chef der mächtigen EU-Behörde war noch Folge einer parteipolitischen Kungelei unter den EU-Staats- und Regierungschefs. Die nächste Präsidentenwahl jedoch wird nach den Regeln des Lissabonner EU-Vertrags stattfinden. Das bedeutet, dass der Europäische Rat den Kandidaten zwar benennen darf, die Staats- und Regierungschefs jedoch zugleich das Europäische Parlament „konsultieren“ und „das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigen müssen“.

Die Brüsseler K-Frage treibt daher schon jetzt die Parteistrategen um. Die großen politischen Lager wollen nun Spitzenkandidaten für ganz Europa aufstellen, die den Wahlkampf anführen und automatisch Anwärter auf den Job des Kommissionspräsidenten sein sollen. „Der Kandidat darf kein Versorgungsfall sein“, sagt Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament.

Die Sozialisten sind sich so gut wie einig, dass sie den derzeitigen Parlamentspräsidenten Martin Schulz, 56, ins Rennen schicken wollen. Seit er vor gut einem halben Jahr an die Spitze des Parlaments rückte, betreibt der deutsche Sozialdemokrat eine Art Dauerwahlkampf. Er war schon in Griechenland, findet salbungsvolle Worte für Spanien und rüffelt den bayerischen Finanzminister. Zwei pressewirksame Auftritte pro Tag sind bei Schulz das Minimum.

Schulz' Werbefeldzug macht die Konservativen im Europaparlament langsam nervös. Da sich aus ihren Reihen kein Kandidat aufdrängt, entwickelten sie die Idee mit dem Polen Tusk. „Einen amtierenden Ministerpräsidenten vor der Wahl als Spitzenkandidaten zu präsentieren würde die europäische Politik auf eine neue Ebene heben“, sagt der CSU-Mann Manfred Weber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion im EU-Parlament.

Auch Kanzlerin Merkel gefällt die Idee ihrer Parteifreunde, diesmal einen wirklichen Spitzenkandidaten aufzustellen. Dass ihre Partei in Deutschland dann mit einem Polen werben würde, scheint sie nicht zu schrecken.

Sowohl Schulz wie Tusk wollen sich zu ihren Ambitionen nicht offiziell äußern, um ihr derzeitiges Amt nicht zu beschädigen. Beide haben aber im kleinen Kreis bereits ihr Interesse bekundet.

Tusk gilt als glühender Europäer, während der polnischen EU-Präsidentschaft hat er überzeugende Reden gehalten. Seine Kandidatur hätte auch den Vorteil, dass er in der Euro-Schuldenkrise keines der widerstreitenden Lager repräsentiert. Tusk könnte, so die Hoffnung, die sich abzeichnende Spaltung Europas in die Euro-Länder und den Rest überbrücken. Beim Kongress der EVP im Oktober wollen die Delegierten bereits die Aufstellung eines Spitzenkandidaten für ganz Europa beschließen.

Der jeweilige Spitzenkandidat würde, so sieht es das Drehbuch vor, durch alle Länder der EU reisen. Er würde auf den Parteitag der nationalen Parteien reden, aber auch öffentliche Wahlkampfauftritte absolvieren. Die Parteistrategen der EVP haben sogar schon Werbeideen im Kopf. So sollen Angela Merkel und Donald Tusk auf einem gemeinsamen Plakat um Stimmen werben.

Allerdings wären beide Lager im Europaparlament mit großer Wahrscheinlichkeit auf Stimmen kleinerer Fraktionen angewiesen. Vor allem um die Gunst der Liberalen müssten Konservative und Sozialisten buhlen.

Für den Fall, dass weder Tusk noch Schulz eine Mehrheit bekämen, kursiert unter den Parlamentariern ein Kompromisskandidat: der derzeitige italienische Ministerpräsident Mario Monti. Der 69-jährige Wirtschaftsprofessor ist parteilos, kennt Brüssel aus seiner Zeit als Binnenmarkt-Kommissar und wäre wohl für die große Mehrheit der Parlamentarier wählbar.

Am Donnerstag der vergangenen Woche war Monti bereits zu Gast beim EVP-Fraktionsvorstand in Florenz. Er präsentierte sich als ehrlicher Makler in der Krise. Der Wahlkampf um Europa hat begonnen.



WIKTOR DABKOWSKI / ACTION PRESS

Favoriten Tusk, Schulz: Salbungsvolle Worte für Spanien

CHRISTOPH PAULY, CHRISTOPH SCHULT